

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 102 (2008)  
**Heft:** 9  
  
**Rubrik:** In dürftiger Zeit

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 05.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

• «Preis der Arroganz» titelt die Süddeutsche Zeitung im Wirtschaftsteil und glaubt einen wachsenden Widerstand gegen die «Herren in den Führungsetagen» auszumachen. Denn «die Aktionäre werden sauer und verlangen bessere Leistungen von ihren hochbezahlten Unternehmenschefs.»

Wo Wirtschaftsjournalisten wie Karl Heinz Büschemann anheben, den Kapitalismus zu kritisieren, sind die Widerstandskämpfer die Aktionäre. Und die Inszenierungen der Justiz gegen ausgewählte Managersubjekte, um die von der Gratispresse aufgeschreckten Nicht-Aktionäre vor ähnlichem Sauerwerden zu bewahren, sind dann bereits eine Kampfmassnahme gegen alle Herren in den Führungsetagen:

*«Es sah aus wie eine geplante Inszenierung, als die Staatsanwälte im Februar dieses Jahres vor laufenden Fernsehkameras den wegen Steuerhinterziehung verdächtigten Post-Chef Klaus Zumwinkel aus seinem Haus führten. Da drängte sich der Eindruck auf, auch der Staat greife gelegentlich zu Prangermethoden, die eigentlich der Vergangenheit angehören sollten.»*

Ein Eindruck, der sich mir dabei andererseits aufdrängt, ist, dass eigentlich solcherart Kapitalismuskritiker in Zukunft einmal anden Pranger gehörten. Bis dahin aber muss Büschemann nichts befürchten. Denn solange das an Wirtschaftsfragen interessierte Bürgertum jede Woche im NZZexecutive im neuen persönlichen Managerprofil mit «33 Fragen an...» nachlesen darf, dass alle Grossverdiener einmal mit einem kleinen Gehalt angefangen haben, alle sich «um Pünktlichkeit bemühen», alle mehr als die gewerkschaftlichen Kämpften acht Stundenarbeiten, die Work-Life-Balance trotzdem mit Büchern und anderen kulturellen Genüssen sicherstellen und dass sie sich als Staatsbürger, die sich doch das meiste selberversagen, gestört fühlen durch die «Anspruchsmentalität» der anderen und dass dies insgesamt also der neue humanistische Standard ist, dem jede Woche ein neues Antlitz verliehen wird, so lange werden die einzigen, die ernsthaft die Leistungen der Manager kritisieren, die Aktionäre sein. Wenn die Aktionäre das kritische Gewissen der arbeitenden Bevölkerung und die Menschen eigentlich alle Manager sind und also sich Kapitalismuskritik und Humanismus gemeinsam für die Endgültigkeit der herrschenden Zustände einsetzen, dann droht Gefahr nur noch von den Protagonisten

dieser Zustände selber. Zum Beispiel von Alessandro Profumo, dem Chef der Unicredit, einem der grössten Bankenkolosse Europas. Angesprochen auf die Auslagerung tausender Arbeitsplätze an Niedriglohnstandorte gab er zur Antwort:

*«Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, ich wüsste nicht, dass es hier um Menschen geht, um Einzelschicksale und Familien. Auch ich bin ein Mensch – auf der anderen Seite bin ich aber auch Manager.»*

Und schon ist sie wieder dahin, die von NZZexecutive mühsam aufgebaute Gleichung Mensch=Manager und umgekehrt.

Fast genauso stark in seinem ideologischen Engagement wie NZZexecutive ist das NZZ Folio. Es hatte im August die Frage parat: «Was wäre, wenn...?»

Und hat sie im Inhaltsverzeichnis nochmals 31 mal so präzisiert, dass auf Seite 52 hoffentlich die Ursprungsfrage aller Utopisten und Widerstandskämpferinnen zur Abschlussformel aller Blödmacher und Doo-fis geworden ist, und dort also abschliessend und garantiert selbstironisch der österreichische James Hamilton-Paterson die 32ste und ultimativste Version verkünden durfte: «Was wäre, wenn...? ist eine sinnlose Frage. Es kam der unvermeidliche Tag, wo man uns in der Schule einen Aufsatz zum Thema «Was wäre, wenn...?» schreiben liess. (...) Mein Aufsatz wurde als kindisch und provokativ bewertet. Aber in Wahrheit hatte ich damit demonstriert, dass «Was wäre, wenn...?» eine Frage ist, die sich auf ernste Weise schlechterdings nicht behandeln lässt.»

Ich aber kann demonstrieren, dass Hamilton-Paterson nicht nur ein kindischer Schüler war, sondern überdies auch an sozialer Phantasie leidet, welche Eigenschaft ihn aber wiederum erst zum Verfassen solcher Texte berechtigt hat. Ist es dagegen nicht ernst und sinnvoll zu fragen: Was wäre, wenn Hamilton in einem sozialistischen Staat leben würde, wo es für NZZ-Folio-Schreibereien keine Leserbasis gäbe oder wenigstens keine Computer? Was wäre, wenn Profumo sich mehr gegen Rauchverbote als für mehr Rendite einsetzen würde? Und was wäre, wenn die NZZexecutive Manager auf die Frage «Was stört Sie als Staatsbürger am meisten?» gewöhnlich antworten würden: Die ungerechte Asylgesetzgebung, die kapitalistische Eigentumsjustiz und die Abschaffung der Erbschaftssteuer.

Rolf Bossart